

7. Dezember 2006  
Der Standard

## **Asfinag klagt Umweltschützer - Doch keine Klage gegen Stadt Wien**

**Wien ist Grundbesitzer der Lobau - Schaden für Asfinag soll bereits 100.000 Euro ausmachen - Umweltschützer fordern "Aufenthaltsgenehmigung"**

Wien - Die Autobahngesellschaft Asfinag will in Sachen Wiener Nordost-Umfahrung (S1) nun doch nicht die Stadt Wien klagen. Rechtliche Schritte werden lediglich gegen die Umweltschützer geprüft, die mit ihrer Lobau-Besetzung die geplanten Probebohrungen verhindern, so Asfinag-Vorstand Mathias Reichhold. Die Umweltschützer fordern unterdessen eine "Aufenthaltsgenehmigung" im Nationalpark.

### **Wien ist Grundbesitzer**

Klar sei nun, dass sich eine Klage gegen die anwesenden Aktivisten und Umweltschutzorganisationen und nicht gegen die Stadt Wien richten werde. Wien ist Grundbesitzer der Lobau und die städtische Umweltbehörde hat den Bohrbescheid für die Asfinag ausgestellt.

### **Asfinag besteht auf Bohrungen**

"Die Verhinderer sitzen nicht in Wien, sondern in der Au", erklärte Asfinag-Vorstand Reichhold: "Die Besetzer stellen sich damit nicht nur gegen den Willen von 86 Prozent der Wiener Bevölkerung, die den Regionering wollen. Diese Verantwortung wollen wir klar zuordnen", so Reichhold. Die Höhe des Schadens für die Asfinag soll bereits rund 100.000 Euro betragen. "Es wäre unverantwortlich, hier nicht alle juristischen Möglichkeiten zu prüfen, die wir gegen die Au-Besetzer einsetzen könnten", erklärte er. Außerdem habe die Asfinag sämtliche rechtliche Bescheide, um die für die Umweltverträglichkeitsprüfung notwendigen Probebohrungen durchzuführen.

### **Umweltschützer fordern Gespräche**

Die Umweltschutzorganisation Global 2000 forderte als Reaktion "konstruktive Gespräche anstatt unfairer Drohgebärden". Zusammen mit Greenpeace ließ man zudem wissen, dass man bei Umweltstadträtin Ulli Sima (S) die Genehmigung der Au-Proteste beantragen werde. "Nachdem Lkw, Allradautos und Bohrmaschinen problemlos eine Genehmigung für den Aufenthalt in der Au von der Umweltstadträtin erhalten haben, verlangen wir das gleiche Recht für uns Fußgänger und Radfahrer", so Erwin Mayer von Greenpeace.

Im Büro Simas wurde daraufhin betont, dass nicht die Stadträtin, sondern nur die Umweltschutzabteilung MA22 in einem unabhängigen Behördenverfahren eine solche Genehmigung erteilen könnte. Einreichen könne jeder, meinte Simas Sprecherin. Allerdings: "Verstöße gegen das Nationalparkgesetz wie Grillen oder Campieren werden behördlich nie erlaubt."

### **FPÖ und ÖVP kritisieren Berufsdemonstranten und Häupl**

FP-Gemeinderat Toni Mahdalik kritisierte in einer Aussendung das "krause Ansinnen der Berufsdemonstranten". Auch der Verkehrssprecher der Wiener ÖVP, Wolfgang Gerstl, sprach sich dagegen aus. Bürgermeister Häupl müsse sich um die Rahmenbedingungen kümmern, damit die Asfinag ihre Probebohrungen durchführen könne. (APA)

Link zum Online-Artikel:  
<http://derstandard.at/?url=/?id=2687360>